

Lindner wirft Habeck vor, ihn in der Atom-Frage getäuscht zu haben

Welt, 16.01.2025, Philipp Vetter

<https://www.welt.de/wirtschaft/plus255141130/Untersuchungsausschuss-Lindner-wirft-Habeck-vor-ihn-in-bei-Atomausstieg-getaeuscht-zu-haben.html?cid=email.crm.lc.eg.wp.nl.nl.em.wirtschaft.7175238&cachebuster=true>

Als einer der letzten Zeugen sagt Ex-Finanzminister Lindner im Untersuchungsausschuss zum Atomausstieg aus. Er macht Wirtschaftsminister Habeck schwere Vorwürfe, dessen Ministerium habe falsch über Gespräche mit den AKW-Betreibern informiert. Auch das Machtwort des Kanzlers sei gar keines gewesen.

Christian Lindner (FDP) kommt gut gelaunt um kurz nach 18 Uhr in den Bundestag. Er habe seinen Abendtermin vorgewarnt, dass es später werden könnte, sagt er. Stundenlang musste der Ex-Finanzminister schon auf den jetzt folgenden Termin warten. Die Befragung seiner früheren Kabinettskollegin Steffi Lemke im Untersuchungsausschuss zum Atomausstieg hatte deutlich länger gedauert als erwartet: Sieben Stunden lang drehten sich die Fragen der Abgeordneten an die Umweltministerin im Kreis.

Der Erkenntnisgewinn blieb dennoch nahe null: Lemke hält Atomkraft als grüne Ministerin für eine Technologie mit „enormen“ Sicherheitsrisiken, befürwortet natürlich den Atomausstieg und behauptet trotzdem, im Energiekrisenjahr 2022 ergebnisoffen geprüft zu haben, ob die Kraftwerke länger laufen sollten. Beweise für das Gegenteil fördert der Ausschuss nicht zutage.

Lindner fühlte sich in Atom-Frage hintergangen

Doch vielleicht kann die nun Lindner liefern. Der frühere Minister ist nach dem Ampel-Aus nicht mehr an die Koalitionsdisziplin gebunden. Als Beruf gibt er „Mitglied des Deutschen Bundestages“ an – und holt dann zum Schlag gegen den ehemaligen Ampel-Rivalen und Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) aus.

Gleich in seiner Stellungnahme zu Beginn der Befragung erklärt der FDP-Chef, dass er sich von Habeck und seinem Wirtschaftsministerium (BMWK) in der Atom-Frage hintergangen fühlte. „Wir hatten verschiedentlich Anlass zu bezweifeln, dass die Berichte des BMWK aus den Gesprächen mit den Energieversorgern vollständig und korrekt waren“, sagt Lindner. Es ist ein etwas verklausulierter Frontalangriff auf Habeck. Das grüne Ministerium, so der Vorwurf, soll den FDP-Finanzminister und auch den Kanzler getäuscht haben.

Lindner will, nachdem er den Verdacht hatte, nicht richtig von Habeck informiert zu werden, selbst das Gespräch mit den Energieversorgern gesucht haben. Und die hätten keineswegs bestätigt, dass es technische Hindernisse für einen Weiterbetrieb der Atomkraftwerke gegeben hätte, auch neue Brennstäbe würden sich vergleichsweise schnell außerhalb Russlands beschaffen lassen. „Die Erkenntnisse wichen teilweise deutlich von den Berichten des BMWK ab“, sagt Lindner. Habeck und Lemke hatten in einem Prüfvermerk im März 2022 unter Verweis auf Informationen der AKW-Betreiber eine Laufzeitverlängerung abgelehnt.

AKW-Laufzeit hätte offenbar einfach verlängert werden können

Der Ex-Finanzminister berichtet, dass er deshalb eine Telefonkonferenz mit den Energieversorgern, Vertretern von Habecks Wirtschaftsministerium und dem Bundeskanzler organisiert habe. „Interessant, was man hier erfährt“, habe auch Kanzler Olaf Scholz (SPD) gesagt, nachdem die Energiemanager darin noch einmal erklärt hätten, dass es technisch durchaus möglich sei, die Laufzeiten zu verlängern.

Dass er erst im Sommer 2022 die Gespräche mit den Energieversorgern begonnen habe, begründet Lindner mit dem sogenannten Ressortprinzip. Habeck sei nun mal für die Energieversorgungssicherheit zuständig gewesen. „Das Ressortprinzip erfordert meines Erachtens, dass man sich auf die zur Verfügung gestellten Informationen verlassen können muss“, sagt Lindner. Er sei immer von einer vertrauensvollen Zusammenarbeit ausgegangen, bis die Berichte über die Gespräche mit den Energieversorgern nicht mehr plausibel gewesen seien.

Die AKW-Betreiber hätten angeboten, bei einer Laufzeitverlängerung Strom zu einem „attraktiven Industriestrompreis“ zu liefern, sagt Lindner. Einen solchen subventionierten Industriestrompreis hatte insbesondere Habeck eigentlich gefordert. „Wir hätten damals jedes verfügbare Kraftwerk betreiben müssen, das günstigere Energie als die Gaskraftwerke zur Verfügung stellen konnte – dazu gehörten auch die Kernkraftwerke“, sagt Lindner. Trotzdem wurden die letzten drei Atomkraftwerke nach einer Laufzeitverlängerung um dreieinhalb Monate im April 2023 abgeschaltet. So hatte es Kanzler Scholz per Richtlinienbeschluss entschieden. Auch die FDP fügte sich damals als Koalitionspartner der Ampelregierung diesem angeblichen Machtwort.

Dass die ausdrückliche Nutzung der Richtlinienkompetenz des Kanzlers in der Atom-Frage gar keine einsame Entscheidung von Scholz, sondern Teil eines politischen Kuhhandels war, hatte WELT AM SONNTAG bereits am Wochenende berichtet. Lindner bestätigt das, will aber beteiligt gewesen sein, Habeck und Scholz hätten ihn dabei nicht ausgebootet.

Die politische Lage sei damals komplex gewesen, weil die Grünen gerade einen Parteitag abhielten. „Die bei anderen Themen vorhandene Bereitschaft zu pragmatischen Lösungen stieß bei Atomkraft an Grenzen“, sagt Lindner über den damaligen Koalitionspartner. Deshalb habe man erst am Sonntagnachmittag nach Ende dieses Parteitags abschließend über die Laufzeitverlängerung „intensiv verhandelt“ – und zwar in der sogenannten Dreier-Runde mit Lindner, Habeck und Scholz.

Lindner bestätigt, dass die Grünen als Zugeständnis für die Laufzeitverlängerung die Verabschiedung eines Energieeffizienzgesetzes bekamen, er verbuche für die FDP als Gewinn, dass alle drei damals noch aktiven Atomkraftwerke länger laufen durften – eigentlich sollten nur die beiden süddeutschen AKWs eine Verlängerung erhalten. Der Kanzler habe dann die Richtlinien-Entscheidung angekündigt, auch um den Grünen „die Kommunikation zu erleichtern“.

Verlängerung um mehrere Jahre laut Lindner nicht durchsetzbar

Die Laufzeitverlängerung um dreieinhalb Monate sei alles gewesen, „was in diesem historischen Moment, in dieser politischen Konstellation erreichbar war“, sagt Lindner. Eine Verlängerung gar um mehrere Jahre habe damals „außerhalb dessen, was als Lösungsraum in Dreiergesprächen möglich gewesen wäre“ gelegen. „Jeder, der mit Bündnis 90/Die Grünen mal koaliert hat oder koalieren will, der muss erkennen, dass es in der Energiepolitik Limits gibt“, sagt Lindner. Es klingt wie eine Warnung an die Union, die nach der Bundestagswahl womöglich auch mit den Grünen koalieren muss.

Doch auch für Lindner gibt es Limits, selbst der FDP-Chef spricht sich nicht für eine Wiederinbetriebnahme der alten Atomkraftwerke oder gar den Neubau von Meilern der bisherigen Bauart aus. Die seien nicht versicherbar und damit marktwirtschaftlich nicht sinnvoll. „Ein neues Kraftwerk alten Typs habe ich nicht für sinnvoll gehalten, das ist bis heute meine Meinung“, sagt der Ex-Minister. Er befürworte aber neue Technologien wie beispielsweise kleine, modulare Kernreaktoren oder in Zukunft die Kernfusion.

Ist Lindners Aussage nun also der Beleg dafür, dass Habeck von Anfang an nicht ergebnisoffen geprüft hat, ob die Atomkraftwerke länger laufen sollen? Soweit will auch der Ex-Koalitionspartner nicht gehen. „Ich will auch im Nachhinein nicht anderen unterstellen, dass sie von Beginn an unlautere Motive hatten“, sagt Lindner. „Ich will nicht unterstellen, dass der Kollege Habeck schon bei der Ankündigung der Prüfung im Sinn hatte, nicht ergebnisoffen zu prüfen.“ Doch die aus seiner Sicht falschen Berichten über die Gespräche mit den Energieversorgern lassen zumindest ab dem Sommer 2022 daran zweifeln, dass die Grünen eine Laufzeitverlängerung tatsächlich ernsthaft erwogen haben.

Wie Habeck auf die Vorwürfe des Ex-Kollegen reagiert, wird sich schon wenige Stunden später zeigen: Am Donnerstag müssen als letzte Zeugen auch der Wirtschaftsminister und der Kanzler im Untersuchungsausschuss aussagen.